



PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 1. JUNI 2021



FALK WAGNER: „VORGEHEN DER BREBAU IST INAKZEPTABEL!“

Mitte Mai hatten Journalist:innen unter anderem von Radio Bremen einen Skandal bei der Brebau aufgedeckt: Sie hatten recherchiert, dass dort bei der Vergabe von Wohnungen systematisch diskriminiert und Bewerber:innen nach rassistischen Kriterien aussortiert wurden. Heute war dies Thema in einer Aktuellen Stunde der Bürgerschaft. Und für Falk Wagner, Sprecher der SPD-Fraktion für Wohnen, steht fest: „Diese Vorfälle machen fassungslos. Dafür gibt es keine Legitimation und keine Begründung. Das ist einfach nur inakzeptabel.“

Wagner nutzte seine Rede dabei aber nicht nur für scharfe Kritik an der Brebau, er blickte auch darüber hinaus. „Diskriminierung und Rassismus waren und sind Alltag bei der Wohnungsvergabe“, sagte der Sozialdemokrat, „dies gilt es zunächst einmal anzuerkennen.“ Die Vorgänge bei der Brebau hätten aber auch eine neue Dimension. Neu sei, dass eine ganze Diskriminierungs-Systematik erstellt und



Falk Wagner

dokumentiert worden sei. Und dass offensichtlich sogar ein Unrechtsbewusstsein vorhanden war, sodass diese Systematik mit Anweisungen versehen war, wie die Datenerhebung vor den Mietinteressent:innen zu

verbergen ist. Wagner: „Das ist eine neue, traurige Stufe. Es ist eine Diskriminierung die wütend macht nicht nur aufgrund ihres Ausmaßes, sondern auch aufgrund ihrer Unverfrorenheit.“

Aus diesen Vorfällen müssten nun umgehend Konsequenzen gezogen werden, forderte Wagner. Zum einen müsse die Praxis sofort abgestellt werden, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte und nach Aussage der – mittlerweile zunächst freigestellten – Geschäftsführung sofort erfolgt sei. „Zum anderen müssen wir aber auch Maßnahmen, Vorgaben und Kontrollen etablieren, um solche Diskriminierungen in Zukunft zu verhindern“, so der Sozialdemokrat weiter.

Der Aufsichtsrat der Brebau habe hier richtig gehandelt, indem er eine Untersuchung eingeleitet habe, die umfassend

und extern sei, sagte Wagner. „Aus dieser Untersuchung müssen wir dann Schlussfolgerungen ziehen, und es sollten nicht nur Aufsichtsrat und Senat, sondern auch die Bürgerschaft über Maßnahmen, Vorgaben und Kontrollen zur Prävention von Diskriminierung beschließen.“

„Als SPD-Fraktion erwarten wir, dass die Kriterien für die Wohnungsvergabe transparent gemacht und effektiv kontrolliert werden“, so Wagner abschließend. „Die Bewältigung des Einzelfalls ist dabei notwendig, aber nicht hinreichend. Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe ist kein Einzelfall, sie ist Alltag. Die zu ergreifenden Konsequenzen müssen deshalb Maßnahmen für die Brebau aufzeigen, ja, aber sie müssen darüber hinaus aufzeigen, wie Diskriminierung am Wohnungsmarkt insgesamt wirksamer bekämpft und Betroffene besser unterstützt werden können.“

ANTRAG **PFLEGEDIENSTEN DAS PARKEN ERLEICHTERN**

Mitarbeitende ambulanter Pflegedienste suchen pro Schicht bis zu 20 Mal einen Parkplatz. „In manchen Stadtteilen ist das knifflig, eine wirklich schwierige Sache ist es in innenstadtnahen Quartieren und wohl eine Herkulesaufgabe im Innenstadtbereich“, sagte die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, heute in ihrer Rede. Das Parlament hat daher auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen, der bei diesem Problem zumindest für Entlastung sorgen soll.

Denn darin wird der Senat aufgefordert, ein möglichst unbürokratisches Sonderparkrecht für Pflegedienste einzuführen, dass es diesen ermöglicht, kostenfrei auf von der Stadt verwalteten Flächen – etwa mit Parkautomaten oder Parkuhren – zu parken.

Bislang, so erklärte Pfeiffer,



Birgitt Pfeiffer

sei es für die Dienste möglich, kostenpflichtige Ausnahmegenehmigungen zu bekommen, die für das Parken im eingeschränkten Halteverbot, in verkehrsberuhigten Zonen, in Zo-

nenhalteverboten, Anwohnerparkgebieten oder verkehrsberuhigten Bereichen gölten – nicht aber für die von der Stadt verwalteten Flächen. Auch hier sei die



Ausstellung einer Ausnahmegenehmigung möglich, dies jedoch nur in Einzelfällen. Pfeiffer: „Die Ausnahmegenehmigungen von Handwerksbetrieben schließen das kostenfreie Parken an Parkuhren und -automaten mit ein – dies wollen wir den Pflegediensten auch ermöglichen.“

Dies sei auch deshalb wichtig, weil die Corona-Pandemie das Problem noch verschärft habe. Denn zahlreiche Menschen

arbeiteten im Homeoffice – und bewegten ihr Auto nicht fort. In anderen Bundesländern hätten Pflegedienste daher für die Dauer der Pandemie Sonderparkrechte erhalten.

Für Birgitt Pfeiffer ist das aber nicht genug. „Wir finden: In einer Großstadt wie Bremen brauchen wir eine langfristige Lösung. Und zwar aus zwei Gründen: Der Parkdruck wird sich mittelfristig nicht verringern, denn viele Menschen werden auch nach der Pandemie weiterhin die neu entdeckten Möglichkeiten des Homeoffice nutzen – während das Auto hübsch in der Straße steht. Viel wesentlicher aber ist: Menschen, die auf Pflegedienste angewiesen sind, brauchen Pflege, die nicht gestresst von der Parkplatzsuche kommen und die zum abgesprochenen Zeitpunkt auch tatsächlich vor Ort sein können.“

Daher solle den Pflege- und Gesundheitsdiensten nach dem Vorbild der Handwerksbetriebe ein Sonderparkrecht durch eine Ausnahmegenehmigung eingeräumt werden. „Unser Antrag“, so Pfeiffer abschließend, „greift damit ein politisch vielleicht kleines, für den Alltag der Pflege aber durchaus relevantes Problem auf.“

>Antrag: Freies und unkompliziertes Parken für ambulante Pflege- und Gesundheitsdienstleister:innen sicherstellen!
http://bit.ly/parken_pflagedienste

ANFRAGE **HÄUSER DER FAMILIE – WICHTIGE EINRICHTUNGEN IN DEN QUARTIEREN**

Häuser der Familie spielen eine wichtige Rolle innerhalb der Jugendhilfe. „Sie bringen soziale Lebenshilfe und die Möglichkeit zum Empowerment dorthin, wo beides am stärksten gebraucht wird: in die Quartiere – dort, wo sich der Alltag der Familien ganz erheblich abspielt“, betonte Birgitt Pfeiffer, Sprecherin für Soziales und Familie heute in der Bürgerschaft. Anlass war eine Große Anfrage, die die rot-grüne Koalition zu den Häusern der Familie gestellt hatte. Die Antwort des Senats wurde heute debattiert.

„Die Häuser der Familien sind in den elf Ortsteilen die Anlaufstellen für Familien in herausfordernden Lagen. Für junge Familien, für Mütter, für Väter, für zugewanderte Eltern, auch für Kinder und Jugendliche“, stellte Pfeiffer in ihrer

Rede die Bedeutung dieser Einrichtungen heraus. „Unterschiedliche Zielgruppen erfahren ein im Sozialraum abgestimmtes Set von Angeboten rund um Themen wie Familiengründung, frühkindliche Entwicklung, Erziehungsfragen, aber auch Gesundheitsfragen, Ernährung und Bewegung, Trennung und Scheidung. In vielen Häusern spielen die Belange von Einelternfamilien eine besondere Rolle. Ziel ist es, Familien in ihrer Funktion als Erziehungsinstanz zu stärken und frühzeitig Überforderungen im familiären System entgegenzuwirken.“

Die Corona-Pandemie stelle allerdings auch die Häuser der Familie vor große Herausforderungen, so Pfeiffer weiter. „Die Digitalisierung von Angeboten ist auch hier eine Antwort auf die Krise – darin lie-

gen Hoffnungen, aber wir sind uns sicher einig: Nicht alle Zielgruppen können wir auf digitalem Wege erreichen, nicht alle Problemlagen können wir digital erkennen und oder gar lösen. Ich kann daher nur hoffen, dass persönliche Begegnung schnellstmöglich wieder der Normal- und nicht der Ausnahmefall werden.“

Denn für die Sozialdemokratin steht fest: „Die Häuser der Familie sind nah an den Menschen und das im besten Wortsinne: Sie können mit ihren vielfältigen Angeboten Familien Orientierung und Sicherheit geben. Sie stabilisieren und verbessern damit Lebenslagen der Menschen, die sie übrigens auch zur Mitarbeit und zum eigenen Engagement ermutigen. Die Häuser der Familie sind heute aus der Stadt nicht mehr wegzudenken. Und das ist gut so!“

FRAGESTUNDE **SCHLIESSUNGEN VON POSTFILIALEN IN DER NEUSTADT**

Über 14 Milliarden Briefe wurden 2020 in Deutschland versendet. Obwohl diese Zahl rückläufig ist – viele verzichten zugunsten elektronischer Kommunikation auf postalische Sendungen –, stellt die Versorgung mit Dienstleistungen rund um die Post einen wichtigen Bereich der Infrastruktur und Nahversorgung dar. Doch nach und nach werden bestimmte Postfilialen geschlossen, was, insbesondere bei älteren Bürger:innen und Menschen mit Beeinträchtigung – teilweise eklatante Lücken in der Versorgung verursacht.

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, die dort zugleich auch mit den Belangen von Senior:innen sowie Menschen mit Behinderung betraut ist, hat deswegen beim Senat nachgefragt: Teilt der Senat die Ansicht, dass insbesondere für ältere Bürger:innen und körperlich eingeschränkte Menschen die Nahversorgung mit Postfilialen einen wichtigen Beitrag für die soziale Teilhabe darstellt? Wie viele Postfilialen im Bremer Stadtgebiet – wie aktuell gerade die Postfiliale Buntentor – wurden in den letzten fünf Jahren geschlossen? Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, bzw. plant der Senat zu ergreifen, um auf die Problematik der gefährdeten Nahversorgung mit Postfilialen insbesondere für Senior:innen und Menschen mit Beeinträchtigung hinzuweisen und eventuelle Lösungen von der Post AG zu fordern?

„Ja, der Senat teilt diese Ansicht“, bestätigte Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe in seiner Antwort für den Senat. „Jeder



Mensch soll die Möglichkeit erhalten, an sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Angeboten teilhaben zu können“. Die Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und das Selbsthilfepotenzial sei zu fördern und auch durch geeignete Infrastrukturen zu ermöglichen“, so Wiebe weiter. „Postdienstleistungen stellen einen wichtigen Baustein in der Nahversorgungsstruktur dar“.

Allerdings lägen dem Senat keine Zahlen hinsichtlich der in den letzten fünf Jahren geschlossenen Postfilialen vor. „Nach aktuellen Angaben der Deutschen Post AG

ist in der Stadtgemeinde Bremen die Anzahl der Filialen in den letzten fünf Jahren gewachsen“, so der Staatsrat weiter, und wies auf die im Grundgesetz festgehaltene Gewährleistung von Dienstleistungsversorgung im Bereich des Postwesens hin. Im Kontext eines regelmäßigen Austausches mit der Deutschen Post AG wies der Senat in seiner Antwort nun darauf hin, dass eine konkrete Standortalternative im Bereich des Buntentosteinwegs in finalisiert würden. „Auch werden bei der Auswahl von Filialstandorten die Aspekte der Barrierefreiheit mitberücksichtigt“, so Wiebe abschließend.